

Aktive Unionsbürgerschaft

Beteiligung von verschiedenen Bürgergruppen an dem europäischen Integrationsprozess

Liebe junge Freunde aus Frankreich,
aus Tschechien und aus Deutschland,

liebe junge Europäer!

„Europäische Woche in Schwandorf, Junge Bürgerbegegnung“ mit dem Schwerpunkt „Wasser als Lebensgrundlage“ heißt der Titel Eurer Veranstaltung und mein Referat ist überschrieben mit „Aktive Unionsbürgerschaft – Beteiligung von verschiedenen Bürgergruppen am europäischen Integrationsprozess“.

Nicht gerade ein eng gefasstes Thema - und man hat mir gesagt, ich soll – wegen des Zeitplans und der notwendigen zweisprachigen Übersetzung meinen Vortrag auf zehn Minuten (!) beschränken..... Lasst es uns versuchen!

Euer Programm in dieser Europawoche ist breit gefächert. Neben der Beschäftigung mit dem „Wasser“ - Thema werdet Ihr die 1000 Jahre alte Stadt Schwandorf, die (nur) 850 Jahre alte bayerische Landeshauptstadt München und die ganz alte, mindestens 2000 jährige Donaumetropole Regensburg kennen lernen und dort überall viel über Geschichte und Kultur hören.

Zur „großen“ Politik werdet Ihr in München von höchst kompetenter Stelle, nämlich von einem Vertreter der EU-Kommission, über das gegenwärtig aktuellste politische Problem in der Europapolitik informiert werden, den Verfassungsvertrag. Der heißt ja jetzt „Vertrag von Lissabon“ und benötigt nach der Ablehnung durch das irische Volk vor knapp vier Wochen nunmehr einen dritten Anlauf, um noch vor der nächsten Europawahl im Juni 2009 in Kraft treten zu können.

Ich sehe deshalb die Aufgabe meines Referats darin, Euch – noch am Anfang Eurer Programmwoche – ein paar Informationen und Anregungen in Kurzform zu einem anderen politischen Bereich, dem „**EUROPA der BÜRGER**“ zu geben.

Dazu darf ich mich zunächst kurz vorstellen:

Mein Name ist *Herbert PETER*, ich bin von Beruf Jurist bei der Stadtverwaltung hier im Schwandorfer Rathaus und nebenbei seit 1985 Kreisvorsitzender der Europa-Union.

Deswegen hat man mich wahrscheinlich auch mit diesem Referat betraut. Denn die Europa-Union versteht sich – ich zitiere – als „überparteiliche Bürgerinitiative für Europapolitik, als Mittlerin zwischen Bürgern und Institutionen auf allen Ebenen der europäischen Politik, die sich für ein starkes und demokratisches „Europa der Bürger“ engagiert, das von einem

möglichst breiten gesellschaftlichen Konsens getragen wird“. In diesen Zitaten aus der Selbstdarstellung unseres Verbandes steckt genau der Kern unseres Themas.

Auch in meinem Beruf als Verwaltungsbeamter habe ich immer häufiger mit „Europa“ zu tun. Wisst Ihr, dass circa 84 % der deutschen Gesetze „aus Brüssel kommen“, also europarechtlich vorgegeben sind und demnach nur noch 16 % in Berlin eigenständig auf deutscher Ebene entstehen? In Frankreich und Tschechien ist es nicht viel anders.

Die Bedeutung des Europarechts geht runter bis in die Gemeinden und gewinnt daher für uns alle immer mehr an Bedeutung, für die Bürger sowieso, aber zunehmend eben auch für die Gemeinden und zwar in einigen ganz wichtigen Bereichen und auch nicht immer erfreulich: Zum Beispiel das Vergaberecht (Stichwort: Ausschreibungspflicht von gemeindlichen Grundstücksverkäufen bei so genannten Baukonzessionen) oder die sog. Daseinsvorsorge (Stichwort: Privatisierung der kommunalen Wasserversorgung: ein Problem, von dem Ihr in dieser Woche sicher noch mehr hören werdet)

„EUROPA der BÜRGER“: Was steckt hinter diesem Schlagwort?

Am besten ist es wohl mit einem anderen Begriff zu erklären: mit **„Bürgerbeteiligung“**, also der Teilnahme des Bürgers an politischen Entscheidungen.

Die Mitwirkungsrechte des einzelnen Bürgers müssen in der Demokratie selbstverständlich in ausgeprägter Form vorhanden sein, da dort der Bürger, d. h. das Volk, der „Oberste Souverän des Staates“ ist.

In Art. 20 Grundgesetz, der deutschen Verfassung, heißt es zum Beispiel – ich zitiere: *„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volk in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.“*

Auf Europa-Ebene muss man diesbezüglich aber leider ein **Demokratiedefizit** feststellen, und zwar sowohl *institutionell* als auch *inhaltlich*!

Da Europa kein klassischer „Staat“ ist, sondern ein Staatenverbund, sind seine **Institutionen** anders, nämlich völkerrechtlich auf Verträgen aufgebaut. Europa hat zwar seit 1979 ein *Parlament*, das im nächsten Jahr, 2009, zum siebten Mal wieder gewählt wird. Und es hat eine Art Regierung – die *Kommission*. Jedoch liegt die Hauptentscheidungskompetenz in der Gesetzgebung beim **Rat**, das sind die nationalen Regierungschefs bzw. die nationalen Fachminister (dann heißt er **„Ministerrat“**). Die Mitglieder dieses Rates gehören in ihren Mitgliedsländern eigentlich nicht zur Gesetzgebung, sondern zur Exekutive. Und sie werden bei der europäischen Gesetzgebung auch nicht öffentlich kontrolliert, da sie meist hinter verschlossenen Türen entscheiden – deswegen das „Defizit“ an Demokratie!

Das **EU-Parlament** ist in seinen Befugnissen zwar immer mehr gestärkt worden, aber wohl noch lange nicht der maßgebliche Gesetzgeber und damit nicht mit einem nationalen Parlament zu vergleichen.

Seine Wahl erfolgt nur über Partei-Listen, der Wähler kann keinen Abgeordneten direkt wählen.

Die Stimmen des Wählers in Europa sind nicht gleichwertig, sondern haben einen bis zu 10,5 - fach unterschiedlichen Wert: ein Abgeordneter in Luxemburg steht für 78.000 Bürger, ein

deutscher für 826.000! All dies lässt noch keinen Vergleich des Europaparlaments mit nationalen Parlamenten zu – trotz aller Verbesserungsversuche!

Die *Wahlbeteiligung* bei den Europawahlen wird leider – genauso wie bei den meisten anderen Wahlen in den Mitgliedsstaaten - immer schlechter: In ganz Europa lag sie 2004 insgesamt bei nur 45,6 %. In unseren drei Ländern war sie noch schlechter, nämlich in Deutschland bei 43 %, in Frankreich bei 42,75 % und in Tschechien, das das 1.Mal dabei war, sogar nur bei 28,3 %!

Auch sonst ist die direkte Bürgerbeteiligung ist auf Europa-Ebene schwach ausgebildet. Wenn es – wie zum Lissabon-Vertrag – in den Mitgliedsstaaten überhaupt eine Volksabstimmung (Plebiszit) gibt (Irland ist die einzige geblieben), dann gelingt es den Politikern häufig nicht, das Volk von Europa zu überzeugen. In Frankreich und Niederlande hat man nach den Negativergebnissen von 2005 gleich ganz auf eine nochmalige Abstimmung verzichtet.

Trotz der Irland-Hektik im Moment sollte aber nicht vergessen werden, dass es auch **mit** dem Volk geht. Immerhin hatten dem (ersten) „großen“, dann gescheiterten Verfassungsvertrag im Jahr 2005 zwei Völker auch schon *zugestimmt*, nämlich 76,7 % der Spanier und 56,5 % der Luxemburger!

Allerdings ist die grundsätzliche *Zufriedenheit der Europäer mit Europa* nicht mehr sehr ausgeprägt:

Nur noch knapp die Hälfte der Europäer ist „zufrieden mit Europa“. Nach der neuesten Umfrage vom Frühjahr 2008 sind 48 % der Gesamtbevölkerung positiv eingestellt. In unseren drei Ländern liegt Frankreich mit 49% vorne, gefolgt von Deutschland mit 44 % und Tschechien mit 43 %.

Wegen dieser Defizite versucht der neue EU-Grundlagenvertrag von Lissabon diese institutionelle Bürgerbeteiligung zu stärken.

Was kaum bekannt ist, sieht der Vertrag in Art. 11 zukünftig vor, dass „*eine Million EU-Bürger in einer erheblichen Anzahl von Mitgliedsstaaten*“ ein **Bürgerbegehren** zum Start eines Gesetzgebungsverfahrens für ein bestimmtes Thema initiieren kann!

Bereits seit dem Maastricht-Vertrag 1993 kann sich jedermann mit einer **Petition** an das Europaparlament wenden (Art. 194 EG-Vertrag)

Ferner gibt es seit 1995 nach Art. 195 EG-Vertrag einen **Europäischen Bürgerbeauftragten**, einen „Ombudsman“, das ist eigentlich eine schwedische Erfindung aus dem Jahre 1809. Auch an ihn kann man sich mit einem Anliegen mit europarechtlichem Inhalt wenden.

Soviel zu den „**Institutionen**“.

Nun aber zu den „**Inhalten**“:

Trotz der aktuellen Verfassungsprobleme und mancher - auch berechtigter - Europakritik ist die Europäische Union seit ihrer Gründung vor einem halben Jahrhundert im Jahre 1957 durch die Römischen Verträge ein *riesiges Erfolgsprojekt ohnegleichen* für jetzt fast 500 (genau: 485,5) Millionen Menschen in 27 Mitgliedsstaaten:

Frieden, Wohlstand, freies Reisen, Studieren und Arbeiten, Umwelt- und Verbraucherschutz sind auf einem Niveau, das es in Europa noch nie gegeben hat.

Genauso wie jeder Mensch das, was er bereits besitzt, gerne als selbstverständlich ansieht, hat Europa das Problem, dass seine oft mühsam errungenen Erfolge hinter der Kritik verschwinden. Oft wird Europa von den Politikern auch der „Schwarze Peter“ zugeschoben, um von nationalen Problemen abzulenken.

Jedenfalls empfinden wir als europäische Bürger Europa oft als „weit weg“ und entwickeln keine besonderen Emotionen für Europa. In Wirklichkeit aber sollte **„Europa uns Bürgern gehören“!!**

Dieses Problem der *Bürgerferne* haben die Verantwortlichen spätestens seit 2005, als Frankreich und die Niederlande „Non“ und „Nee“ zur Verfassung gesagt haben, erkannt und gelernt, auf die Bürger zuzugehen.

Sie möchten deshalb die **inhaltliche** Bürgerbeteiligung, also dieses Europabewusstsein stärken, auf ein „Europa der Bürger“ zusteuern.

Eine Aufzählung all dieser Aktionen und Programme unter dem Motto „aktive Bürgerschaft“ ist hier nicht möglich. Deswegen gebe ich Euch am Ende meines Referates ein Blatt mit ein paar Internetadressen, wo Ihr dann fast unendliche Informationsmöglichkeiten habt!

Unsere „Europawoche“ ist ein solches Beispiel und ein kleiner Mosaikstein einer solchen Initiative.

Die Gesamtveranstaltung wird mit EU-Geldern bezuschusst aus dem *Programm „Europa für Bürger - zur Förderung einer aktiven europäischen Bürgerschaft“*, das das *Europaparlament* und der *Rat* schon ein zweites Mal nach 2004 jetzt für 2007 bis 2013 mit einer Finanzausstattung von 215 Mio. Euro aufgelegt haben, um solche Begegnungen der Jugend oder im Rahmen von Städtepartnerschaften und ähnliches zu unterstützen.

Daneben hat auch die *EU-Kommission* 2005 einen „*Plan D- für Demokratie, Dialog und Diskussion*“ als Konzept für eine gezielte Europa-Kommunikation entwickelt.

Lasst uns hier schon ein kurzes **Resumée** ziehen:

- Europa ist trotz Kritik letztlich ein *Erfolgsmodell* und soll es bleiben!
- Europa *gehört uns Bürgern*.

Deswegen dürfen wir uns nicht alleine auf die Politik – oder die Medien – oder überhaupt auf Andere verlassen.

Sondern wir müssen **selbst aktiv** sein, das heißt uns **informieren**,
uns eine **Meinung bilden** und
diese **Interessen** dann **umsetzen!**

Am Schluss möchte ich Euch gleich um eine solche Aktivität bitten:

Die EU-Kommission hat vor etwa 30 Jahren das so genannte **Eurobarometer** geschaffen, eine regelmäßige, repräsentative Meinungsumfrage unter allen Europäern.

Wir wollen nun versuchen, unsere Meinungen selbst zusammenzutragen und dies dann mit dem europaweiten Ergebnis vergleichen.

Die Frage lautet:

Welche drei Werte sind Ihrer Meinung nach diejenigen, die wir in unserer Gesellschaft am dringendsten bewahren und stärken sollten?

Die Befragten sollten aus neun Werten die wichtigsten nennen.

Wir wandeln dies ein bisschen ab:

Ich bitte Euch, mir selber solche für Euch wichtigen Werte zu nennen, um die sich Europa kümmern soll. Dabei sollte jede Gruppe - zuerst vielleicht SCHWANDORF, dann LIBOURNE dann SOKOLOV -nacheinander jeweils einen - wenn's geht zuerst den wichtigsten - nennen, bis wir je drei und dann insgesamt neun haben.

Ich bin gespannt, welche Abweichungen es zum Eurobarometer gibt.

Dessen Ergebnis gebe ich Euch dann am Schluss in Kopie.

Danke für Eure Aufmerksamkeit und Euer Mitmachen!

Die von den **Teilnehmern** dann
(i. d. Reihenfolge Schwandorf, Libourne u. Sokolov)
genannten WERTE lauteten wie folgt:

- 1) Toleranz
- 2) Freiheit
- 3) Zusammenarbeit
- 4) Gleichberechtigung
- 5) Solidarität
- 6) Kommunikation
- 7) Begegnungen
- 8) Respekt
- 9) Umweltschutz

Die WERTE des „**Eurobarometer**“ :
(in der dort ermittelten Reihung, abgekürzt)

- 1) Frieden
- 2) Natur und Umwelt
- 3) Solidarität
- 4) Meinungsfreiheit
- 5) Toleranz
- 6) Geschichte
- 7) Innovation
- 8) Kulturelle Vielfalt
- 9) Unternehmergeist

Vortrag gehalten am Dienstag, den 8. Juli 2008 im Rathaus Schwandorf (ehemalige Spitalkirche) vor ca. 50 Jugendlichen aus Schwandorf, Libourne (Frankreich) und Sokolov (Tschechische Republik).

Simultan übersetzt von Mme Rautou (frz.) und Dana Liprtova (cz.)